

Zeichen der Zeit : die Linke vor der Armeefrage

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **83 (1989)**

Heft 3

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zeichen der Zeit

Die Linke vor der Armeefrage

Ein neues Gespenst geht um in diesem Land, das Gespenst des Antimilitarismus. Die Armeeführung, angewiesen auf eine Massenloyalität von mindestens 90 Prozent der Bevölkerung, bangt dem Abstimmungs-sonntag vom 26. November entgegen, an dem die Entscheidung über die Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» fallen wird. Die Sozialdemokratische Partei wagt es, auf den 3. Juni einen Sonderparteitag einzuberufen, der die Armeefrage ernsthaft diskutieren soll. Der Parteivorstand hat am 28. Januar beschlossen, diesem Sonderparteitag zwar nicht das Ja zur Initiative, aber immerhin die Stimmfreigabe zu empfehlen. Seit-her ist das neue Gespenst nicht mehr aufzuhalten. Schon droht das Rechtsbürgertum der SP mit dem Entzug bundesrätlicher Pfründen. Der «Tarif», der hier erklärt wird, ist nicht neu. Das doppelte Ja zu «militärischer Landesverteidigung» und «sozialem Frieden» war noch stets der Preis (der Selbstpreisgabe), den die SPS für das Linsengericht von einem bis zwei Bundesrats-sitzen bezahlen musste.¹

Die ideologischen Agenturen des Bürgertums laufen auf Hochtouren. «Erstes Ziel muss es im staatspolitischen Interesse unseres Landes sein, die *Armeeausschaffungsinitiative möglichst hoch zu verwerten*», schreibt die NZZ (10. Februar 1989). Der Bundesrat plant gar eine «flächendeckende» 6,5-Millionen-Kampagne für die Armee. Anlass dazu gibt ihm «natürlich» nicht die Initiative, sondern der 50. Jahrestag der Kriegsmobilmachung. Gemäss dieser EMD-spezifischen Perversion des Denkens wird die Schweiz als einziges Land Europas nicht das Ende des Zweiten Weltkrieges feiern, sondern dessen Ausbruch.

Angesichts der anrollenden Propagandawalze sollten die linken Parteien um einen

möglichst hohen Anteil der Ja-Stimmen kämpfen. Mit einem grundsätzlichen Ja würde die politische Linke das Zeichen setzen, dass sie den bürgerlichen Glauben an die Gewalt nicht teilt. Wer dieses grundsätzliche Ja für zu «idealistisch» hält, könnte immer noch ein politisches Ja vertreten, das von der Unwahrscheinlichkeit eines Krieges oder der Unmöglichkeit einer militärischen Verteidigung der Schweiz ausgeht. Auch die SPS, die in ihrem Parteiprogramm eine Verteidigungsarmee befürwortet, müsste sich wenigstens ein strategisches Ja überlegen, gemeint als ein Nein zur real existierenden Armee, die den Sozialismus nach aller Erfahrung nicht schützt, sondern bedroht.

Das grundsätzliche Ja

Das grundsätzliche Ja zur Initiative entspricht der Tradition der «Neuen Wege». Der *Religiöse Sozialismus*, den unsere Zeitschrift vertritt, ist zwar nicht identisch mit einem absoluten Pazifismus, der die Verteidigung mit Waffen immer und überall ausschliessen würde. Der Religiöse Sozialismus ist wohl dem Ethos der Gewaltlosigkeit verpflichtet, aber er verurteilt deswegen nicht jede (Gegen-)Gewalt, die unter bestimmten historischen Bedingungen ausgeübt wird oder ausgeübt werden muss.

Leonhard Ragaz begründete sein Nein zur militärischen Verteidigung mit der Achtung vor der Würde des Menschen. Diese wird durch nichts mehr zerstört als durch Gewalt. Der Antimilitarismus ist daher die notwendige Folge des ethischen Fundaments, auf dem auch der Sozialismus beruht. «Wer diesen sozialistischen Antimilitarismus antastet, zerschneidet die Lebenswurzel des Sozialismus», schrieb Ragaz 1933.² Als aber ein Jahr später die soziali-

stischen Arbeiter in Wien zu den Waffen griffen, um sich gegen den österreichischen Klerikalfaschismus zur Wehr zu setzen, erklärte Ragaz: «Wir bleiben dabei, dass die Sache des Sozialismus auf eine höhere Weise vertreten und verteidigt werden kann und soll als durch Waffengewalt. Aber wir wären armselige Doktrinare, wenn wir jenen Kämpfern die Ehre versagen wollten, die ihnen gebührt.»³ So denken religiöse Sozialistinnen und Sozialisten noch heute, wenn Befreiungsbewegungen in Zentralamerika oder im südlichen Afrika zur Überzeugung gelangen, dass sie zu den Waffen greifen müssen, damit das Morden aufhört. Bei der militärischen Verteidigung der Schweiz ginge es jedoch nicht um diese Alternative, noch gar um die «Sache des Sozialismus».

Ragaz hat die Lancierung einer *Armeeabschaffungsinitiative* schon 1926 in einem Brief an die Geschäftsleitung der SPS verlangt. Er begleitete seinen Vorstoss mit den höchst aktuellen Worten: «Eine tiefe Erschütterung des Glaubens an das Militär ist Tatsache. Es handelt sich um einen geistigen Kampf von unermesslicher Grösse und Tiefe... Schon die einzigartige Tatsache, dass die Forderung einer totalen Abrüstung vor ein ganzes Volk gebracht würde, wäre von grosser Bedeutung. Nach meiner Meinung ist viel weniger die Depression zu fürchten, die in Folge einer Abstimmungsniederlage in den Reihen der Gegner des Militarismus einträte, als die Lähmung, die die Wirkung eines allzu langen Zuwartens mit dem Entscheidungskampf sein müsste. Es besteht auch die Gefahr, dass unser Kampf seinen Ernst verliert, wenn wir nicht endlich das Letzte wagen.»⁴

Ragaz hat sich aber wiederum nicht dogmatisch, ohne Rücksicht auf die objektiven Bedingungen der Schweiz und der internationalen Politik, für die Armeeabschaffung eingesetzt. Massgebend war ihm der *Kairos*, der historisch richtige, der «heils geschichtliche» Zeitpunkt für die Verwirklichung dieses Postulats. Welche Zeit ist nun aber hier und heute angesagt? Vieles hat sich geändert, seit ich vor der Lancierung der Initiative warnte, weil sie sich «kontraproduktiv» auswirken könnte.⁵ Vor allem die Veränderungen in der Sowjetunion haben die damalige Stimmungslage grundlegend gewandelt. Und nicht zuletzt hat das

überraschende Zustandekommen der Initiative selbst neue Zeichen, wirkliche «Zeichen der Zeit» gesetzt.

Von der Initiative geht die prophetische Mahnung aus, dass ein Volk auf den «Schutz der Waffen» umso eher verzichten kann, je mehr es sich «für eine umfassende Friedenspolitik» einsetzt. Und das ist in der Tat das Paradoxe unserer Situation: Eine sozialistische Schweiz, die nach innen und nach aussen für Recht und Gerechtigkeit einträte, wäre stark durch die Werte, die sie verwirklichen würde. Eine kapitalistische Schweiz, die nach innen und nach aussen den Klassenkampf von oben führt und schürt, braucht die Armee, um sich zu behaupten. Wer diese kapitalistische Schweiz ablehnt, kann darum nicht behaupten, was sie verteidigt.

Das politische Ja

Das politische Ja zur Initiative geht davon aus, dass die Schweiz militärisch nicht verteidigt werden muss, nicht verteidigt werden kann und, soweit es die «offizielle» Schweiz betrifft, nicht einmal verteidigt werden will.

Die Schweiz *muss* militärisch nicht verteidigt werden; denn der Feind, der sie angreifen wollte, wenn er nur könnte, ist seit 1945 nicht in Sicht. Und selbst im Zweiten Weltkrieg hat nicht die Armee die Achsenmächte von der Schweiz abgehalten, sondern die Kollaboration mit ihnen. Seit Gorbatschows Friedenswille in Meinungsumfragen mehr Pluspunkte erhält als die Auf- und Totrüstungsstrategie «unserer Freunde» in Washington, ist es klar, gegen wen wir uns allenfalls tatsächlich verteidigen müssten – wenn wir es denn könnten und wenn die Schweiz als De-facto-Mitglied der Nato dazu überhaupt willens oder in der Lage wäre.

Die Schweiz *kann* militärisch nicht verteidigt werden. Ein europäischer Krieg wäre denkbar nur als Nuklearkrieg, daher undenkbar. Schon als die ersten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki fielen, hielt Ragaz die Entscheidung gegen den Krieg für unausweichlich: «Der Krieg bedeutet nun die Selbstvernichtung der Menschheit. Mit dem Krieg muss es zu Ende sein. Das ist der Sinn der Atombombe

für alle nicht von Wahn Verblendeten. Das ist das Wort Gottes durch die Atombombe.»⁶ Die Entscheidung steht noch immer aus. Unsere Generäle glauben nach wie vor an die Möglichkeit «konventioneller» Kriege in Europa. Selbst wenn sie recht hätten, wäre die konventionelle Verteidigung gleichwohl unmöglich geworden. Das ist heute der Sinn von *Tschernobyl* und *Schweizerhalle* «für alle nicht vom Wahn Verblendeten». So gross ist das Vernichtungspotential an Atomkraft und Chemie in unserem dichtbesiedelten Land geworden, dass jede konventionelle Verteidigung auf schweizerischem Territorium nationaler Selbstmord wäre. Eine einzige Bombe auf irgendein Atomkraftwerk könnte genügen, um uns «militärisch und zivil» mattzusetzen.

Da unsere Generäle und Militärpolitiker dies alles im Grunde wissen, ist der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, dass sie die Schweiz gar nicht gegen einen äusseren Feind verteidigen wollen, sondern dass für sie die Armee eine ausschliesslich *innenpolitische Funktion* hat. Selbst die bundesrätliche Botschaft gegen die Initiative erklärt die Armee zum Wesensbestandteil des Gewaltmonopols: «Die Existenz der Armee ist auch unabdingbar für die Durchsetzung der Staatsgewalt. Ohne deren Gewährleistung drohen innere Auseinandersetzungen bis hin zum bewaffneten Bürgerkrieg zwischen rivalisierenden Gruppen.» Da die Staatsgewalt bislang nur im Sinne der Systemerhaltung funktionierte, kann unter «Durchsetzung der Staatsgewalt» auch nichts anderes als diese Systemerhaltung gemeint sein. Max Frischs Wort von der «Leibgarde der Bourgeoisie» trifft den Kern der Sache. Diese Bourgeoisie macht sich ja nicht umsonst Gedanken über *ihr* Widerstandsrecht für den Fall, dass eine veränderungswillige Linke demokratisch an die Macht käme. Ein Rudolf Friedrich lehnt das Widerstandsrecht nur ab, sofern es von Linken und Grünen beansprucht wird, nicht aber «in ausgesprochenen Extremfällen..., wo die Demokratie nicht funktioniert und zudem für die Gemeinschaft wirklich existentielle Fragen auf dem Spiel stehen» (NZZ, 13./14. September 1980). Nach rechtsbürgerlichem Verständnis sind solche «Extremfälle» dann gegeben, wenn

die eigenen Privilegien durch eine alternative Mehrheit bedroht werden...

Das strategische Ja...

...als *Nein zur real existierenden Armee*

Wenn Sozialistinnen und Sozialisten die Schweizer Armee überhaupt noch bejahen, argumentieren sie regelmässig mit *Vorbehalten* gegenüber der real existierenden Institution: Sie wollen den sog. Ordnungsdienst ausschliessen, das Menschenrecht auf Dienstverweigerung respektiert sehen, die Militärjustiz abschaffen, Waffenexporte verbieten und die Rüstungsausgaben mehr oder weniger massiv begrenzen. Sie sagen also nein zur Initiative, weil sie an eine andere Armee glauben. Und genau hier liegt der Widerspruch; denn die andere, die «demokratische» oder gar «sozialistische» Armee, ist, wenn es sie denn überhaupt gäbe, nicht in Sicht. Das Nein zur Initiative bestätigt vielmehr *diese* Armee und rückt das Wunschbild einer anderen Armee nicht näher. Die vorweggenommene Idealisierung einer zukünftigen Armee rechtfertigt in Tat und Wahrheit die gegenwärtige Armee und zementiert sie in ihren Strukturen. Darum müsste die Initiative auch unterstützen, wer für eine andere und nicht für diese Armee eintreten wollte. Das gilt insbesondere für die SPS. Eine Partei, die Truppeneinsätze im Innern kategorisch ablehnt, kann nicht zu einer Armee ja sagen, deren «Existenz» als «unabdingbar für die Durchsetzung der Staatsgewalt» gerechtfertigt wird.

Das strategische Ja erkennt die *Gefahr*, welche die real existierende Schweizerarmee *für den Sozialismus* bedeutet. Dass die Armee jemals den Sozialismus gegen das Kapital verteidigen würde, ist nur schon deshalb unwahrscheinlich, weil sie weitgehend von Exponenten des Rechtsbürgerturns kommandiert wird. Leonhard Ragaz warnte 1933 die SPS vor dem Trugschluss einer demokratisch gesinnten Armeeführung: «Das Militär ist in jeder Form für den Sozialismus jenes Rohr, das dem, der sich darauf stützen will, durch die Hand sticht... Nichts könnte törichter, aller Erfahrung der Geschichte und aller Psychologie mehr zuwider sein, als vom Militär Schutz und Hilfe für den Sozialismus zu erwarten...

Glaubt ihr im Ernst, dass diejenigen Kräfte, welche die Entwicklung des Militärwesens bestimmen, geneigt seien, um der schönen Augen der Demokratie willen, den Sozialismus, der ihnen ihre Herrschaft nehmen will, gegen den Faschismus zu verteidigen, der sie retten will.»⁷ Die Probe aufs Exempel machte nicht nur die Faschismuskritik der damaligen Armeeführung, sondern auch noch vierzig Jahre später der Beifall, mit dem bürgerliche Tageszeitungen den gewaltsamen Sturz der demokratisch gewählten Volksfrontregierung Allende in Chile begrüßten. Der französische Politologe Maurice Duverger schrieb dazu: «Die Kommune von 1871, die Faschismen der dreissiger Jahre und die Pressekommentare auf den Putsch von Chile zeigen, dass die europäischen Rechte in gleichen Umständen analog reagieren würde. Und sie hätte die gleiche Unterstützung von seiten der Militärs.»⁸ Dieselbe Demokratieverachtung wiederholt sich heute gegenüber Nicaragua, wann immer die NZZ die Contras als «Widerstandskämpfer» feiert (28./29. Juni 1986).

...zur Wiederherstellung demokratischer Freiheit

«Das Milizsystem», das nach der bundesrätlichen Botschaft angeblich «eine wirkungsvolle Schranke gegenüber jeder missbräuchlichen Verwendung militärischer Macht» setzt, hat gerade umgekehrt zur Folge, dass der Militarismus sich in den Köpfen wehrpflichtiger Schweizer einnistet und jede Veränderung verhindert. Nicht die Politik setzt der Armee eine «wirkungsvolle Schranke», sondern die Armee sagt der Politik, was unter die Tabuzone der Armeefeindlichkeit fällt und darum aus dem konkordanzdemokratischen Diskurs ausgegrenzt werden muss. Und eben darin liegt der *Grundwiderspruch zwischen Armee und Demokratie*, dass nicht die Demokratie die Armee kontrolliert, sondern die Armee die demokratische Willensbildung einschränkt. In Schulen und Wiederholungskursen werden Offiziere mit «Argumentenkatalogen» ausgerüstet, denen zufolge die Armee immer, der Armeekritiker nie recht bekommt. Statt Argumente hören wir die Katechismusantworten einer Pseudoreligion, die sich für unfehlbar hält.

Die Armee, die sich ideologisch selbst begründet, kennt nicht nur äussere, sondern auch *innere Feinde*. Indem sie ihre Existenzberechtigung aus dem «Verteidigungswert» der bestehenden Ordnung herleiten muss, hat sie zur Kritik an dieser Ordnung zum vornherein ein gebrochenes Verhältnis. Sozialismus gilt als Angriff auf die Schweiz überhaupt. Die Armee übernimmt so die Rolle einer ideologischen Agentur der Bourgeoisie und wird zum Herd der Agitation von rechts. Für die reaktionären Zwecke «geistiger Landesverteidigung» sind schon Schriften herausgekommen, die eine Reihe sozialer Zielsetzungen der SPS in Bereichen der Bodenpolitik oder des Mieterschutzes als «Subversion» anprangerten. Auf diese Weise überträgt sich das Dogma von der Unfehlbarkeit der Armee auf die Überzeugung von der Unfehlbarkeit der herrschenden Politik. Sie und nichts anderes muss «gesamtverteidigt» werden.

Es ist das nicht zu unterschätzende Verdienst der Initiative, dass sie ein Stück verlorengegangener Freiheit wiederherstellt: Die Freiheit, die Armee in Frage zu stellen, ist der Anfang einer neuen Kommunikationskultur in diesem Land, der Beginn eines angst- und herrschaftsfreien Diskurses über eine «neue Schweiz», die Antizipation der einen grossen Synthese von Sozialismus und Freiheit. Das Nein zur Armee ist ein Ja zum aufrechten Gang.

...und als Absage an das Konkordanzsystem

Ein Ja der SPS zur Initiative würde in der Tat die Aufkündigung des konkordanzdemokratischen Grundkonsenses bedeuten. Was wäre daran zu bedauern? Armeebekämpfung und *Bundesratsbeteiligung* gehören heute, das heisst unter dem Diktat der bürgerlichen Parlamentsmehrheit, tatsächlich zusammen. Sie sind Teil sozialdemokratischer Systemerhaltung. Darum dürften am Sonderparteitag der SPS die Fronten ähnlich verlaufen wie bei der Frage sozialdemokratischer Bundesratsbeteiligung vor fünf Jahren. Wer wirklich eine andere Schweiz will, kann nicht ihr bestehendes Gegenteil wollen: das Konkordanzsystem und die Armee, die es schützt. Es geht bei der Armeefrage eben nicht in erster Linie um die Armee, sondern um den Sozialis-

mus. Die SPS entscheidet am 3. Juni nicht über das Schicksal der Armee, sondern über sich selbst, über den eigenen sozialistischen Standort.

Und ein Letztes: Sozialismus bedeutet *Internationalismus* als Praxis weltweiter Gerechtigkeit. Zu diesem Internationalismus verkörpert die Schweizer Armee den grössten nur möglichen Gegensatz. Ihre Waffen töten auch ohne Krieg. Die 10 Milliarden, die das Militär jährlich für sich beansprucht, sind Raub an den Ärmsten der Dritten Welt. Es ist eine quälende Tatsache, dass die Schweiz mit den finanziellen, technologischen und menschlichen Ressourcen, die sie für die Armee aufwendet, mehr Menschen in der Dritten Welt retten könnte, als sich in der Schweiz jemals durch diese Armee «verteidigen» liessen. So wenig ver-

trägt sich der Internationalismus mit dem konkordanzdemokratischen Status quo, dass die SPS auch in dieser Frage um die Entscheidung nicht herumkommt. Das wiederum ist nicht das geringste Verdienst der «Gruppe Schweiz ohne Armee» und ihrer Initiative.

1 Vgl. W. Spieler, «Ohne Opposition verfällt die Schweiz dem sicheren Tode», Leonhard Ragaz zur Bundesratsbeteiligung der SPS, in: NW 1984, S. 45ff.

2 NW 1933, S. 450.

3 NW 1934, S. 130.

4 Zit. nach: Andreas Gross, Die «Schweiz ohne Armee» in der Geschichte der SPS, in: Brodmann/Gross/Spescha (Hg.), Unterwegs zu einer Schweiz ohne Armee, S. 140f.

5 Vgl. Zeichen der Zeit, NW 1984, S. 355f.

6 NW 1945, S. 419.

7 NW 1933, S. 449f.

8 Zit. nach: Tages-Anzeiger, 29. September 1973.

DISKUSSION

Männer und Reproduktion

Deutliche Fakten

Deutlich sind die Fakten, die Marianne Briner in ihrem Beitrag «Weibliche Reproduktion aus der Sicht feministischer Ethik» in den «Neuen Wegen», Nr. 1/1989, aufzählt: Dreitausend Jahre westlicher männlicher Kulturgeschichte, eine ununterbrochene Folge männlicher Äusserungen, welche die Frauen, ihren Körper, Schwangerschaft und Geburt abwerten und pathologisieren und die den Frauen systematisch das Recht, über ihren eigenen Körper zu bestimmen, absprechen. Es gäbe noch weitere Beispiele: Wie die Ärzte der neuentstandenen Universitäten etwa die «weisen Frauen», die Hebammen und Heilkundigen der damaligen Zeit, mit Unterstützung der Kirche aus der Heilkunde verdrängten, indem sie Frauen vom Studium an den Universitäten fernhielten und durch zahlreiche Vorschriften in ihrer Tätigkeit immer mehr einengten (vgl. Claudia Bischoff, Frauen in der Krankenpflege – Zur Entwicklung von Frauenrolle und Frauenberufstätigkeit im 19. und 20. Jahrhundert, Campus, Frankfurt 1984, Seite 27 bis 34). Dies notabene, obwohl die Ärzte, gerade was Frauenheilkunde anbelangt, über ein bescheidenes Wissen bezüglich des weiblichen Körpers und der Prozesse von Schwangerschaft und Geburt verfügten, ein Wissen, das oft noch auf den «Einsichten» des Aristoteles beruhte. Wieviel Schaden

daraus den Frauen entstand, mag man u.a. daraus ersehen, dass erst Ignaz Semmelweiss, ein in Wien tätiger Arzt, im 19. Jahrhundert als Ursache des verbreiteten Kindbettfiebers, das vielen Frauen bei der Geburt das Leben kostete, die Medizinstudenten identifizierte, die, ohne die Hände gewaschen zu haben, vom Leichensaal auf die Wöchnerinnenabteilung wechselten.

Zu allen diesen Tatsachen bleibt wenig zu sagen – vielmehr müssten sie von uns Männern überhaupt erst zur Kenntnis genommen und aufgearbeitet werden. Anstoss zu einer solchen, nötigen Auseinandersetzung könnte der Abschnitt aus Marianne Briners Beitrag sein, in dem sie über den «Anteil der Frau bei der menschlichen Fortpflanzung» schreibt. Als Mann empfand ich beim Lesen dieses Abschnitts Wut: Das Spermium als «reduziertes mechanistisches System» – so minderwertig möchte ich meinen Beitrag zur Entstehung eines neuen Menschen nicht verstehen.

Aber wie denn sonst? Die folgenden Überlegungen sind ein Versuch, darauf eine Antwort zu finden.

Vom Gebärneid der Männer

1. Ich muss als Mann akzeptieren, dass ich mit meinem Körper nicht fähig bin, ein Kind in mir entstehen und wachsen zu lassen, um es schliesslich zu gebären. Ich kann kein Leben schaffen! Dieses Unvermögen, diese «Minderwertigkeit»,